



Forschungsmarkt
regiosuisse & Tagung
Regionalentwicklung
2012

Zusammenfassung
Thementisch

Skigebietserweiterung Andermatt. Wird sie den Zielen der NRP gerecht?

Katharina Conradin (mountain wilderness Schweiz)

Nachdem sich die Armee vom Standort Andermatt zurückgezogen hat, wurden im Urserental grosse Flächen Land frei, welche durch den ägyptischen Investor Samih Sawiris aufgekauft wurden. Geplant sind nun ein beachtliches Luxus-Resort, Hotels, Ferienwohnungen und ein 18-Loch-Golfplatz. Um die Attraktivität des Resorts weiter zu steigern, ist auch eine Skigebietsverbindung zwischen Andermatt und Sedrun geplant. Die öffentliche Hand soll den Bau der neuen Lifanlagen und Pisten mit NRP-Geldern grosszügig unterstützen. Diskutiert wird momentan über bis zu 40 Millionen Darlehen und 7 Millionen à-fonds-perdu-Beiträge – Beiträge, welche einen signifikanten Teil des gesamten NRP-Budgets 2012–2015 ausmachen.

Gleichzeitig wurde das Projekt in Bezug auf seine finanzielle Rentabilität durch verschiedene Studien kritisch beurteilt und aufgezeigt, dass es ohne substanzielle Beiträge der öffentlichen Hand nicht zu realisieren sei. Am Thementisch «Skigebietserweiterung Andermatt: Wird sie den Zielen der NRP gerecht?» wurde also diskutiert, inwiefern die geplante Skigebietsverbindung zwischen Andermatt und Sedrun den Zielen der Neuen Regionalpolitik entspricht. Dabei standen folgende Leitfragen im Zentrum:

- Inwiefern trägt das Projekt dazu bei, die Hauptziele der NRP zu erreichen (insbesondere im Hinblick auf die Stärkung von Innovation, Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit)?
- Ist der hohe Beitrag der öffentlichen Hand gerechtfertigt?
- Welche Bedingungen müssten aus regionalwirtschaftlicher Sicht erfüllt sein, damit das Projekt einen nachhaltigen Beitrag zur regionalen Entwicklung leisten kann?

Das Projekt entspricht insofern den Zielen der NRP, als durch die Beteiligung an den Investitionen für das Skigebiet regionalwirtschaftliche Impulse geliefert werden, die über die Region hinausgehen und welche die Wertschöpfung auch in den angrenzenden Regionen steigern. Gleichzeitig wurde hinterfragt, ob die Wertschöpfung, wenn man sie detailliert anschaut, wirklich den Regionen zugute kommt. Wie viel geht tatsächlich an regionale Unternehmen? Wie viel der gesamten Wertschöpfungskette kontrolliert der schwedische Investor Skistar? Wie viele permanente Arbeitsplätze werden geschaffen, wie viele sind saisonale Arbeitsplätze, die oft mit ausländischen Arbeitskräften gedeckt werden? Hat der Kanton wirklich die Kontrolle und auch die Kapazität, das Projekt so zu begleiten, dass es zum Nutzen der Region ist? Auf diese Fragen konnten keine abschliessenden Antworten gefunden werden. Gerade beim letzten Punkt wurde hervor-

Thementische am Forschungsmarkt regiosuisse

Thementische sind Diskussionsrunden am regiosuisse-Forschungsmarkt, in denen aktuelle Forschungsthemen der Regionalentwicklung diskutiert werden. Sie bieten den Teilnehmenden einerseits die Möglichkeit, sich aktiv an der Veranstaltung zu beteiligen. Andererseits erhalten Forschende als Themenpaten die Chance, sich konkrete Inputs und Feedback zu ihren jeweiligen Forschungsthemen zu holen.

Die Zusammenfassung der Thementische wird durch die jeweiligen Forschenden selbst verfasst und gibt einen vertieften Einblick in die am Forschungsmarkt erfolgte Diskussion. Die Aussagen reflektieren die Meinungen der Themenpaten und müssen sich nicht mit den Ansichten von regiosuisse decken. Auf eine Übersetzung wird verzichtet.

Weitere Informationen zum Forschungsmarkt und zur Tagung Regionalentwicklung unter: www.regiosuisse.ch

gehoben, dass dem Kanton Uri die Kompetenzen ev. fehlen könnten, die Mitfinanzierung tatsächlich an solche Bedingungen zu knüpfen, dass die Investitionen gerechtfertigt sind und auch für den Kanton ein substantieller Nutzen entsteht.

Konsens besteht, dass das Projekt nicht sehr innovativ ist (die Hauptziele der NRP sind allerdings Förderung der Innovation, Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit in den Regionen). Gleichzeitig kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass eine gewisse Wettbewerbsverzerrung stattfindet. Allerdings wird auch festgehalten, dass andere Skigebiete und Destinationen auch nicht ohne die öffentliche Hand funktionieren, und dass auch in anderen Gebieten Steuergelder im Spiel sind. Zudem wird festgehalten, dass die Fördergelder der Phase 2008–2011 für die NRP sowieso nicht ausgeschöpft werden konnten, weil die Anforderung an Projekte so hoch ist, dass sich gar nicht genügend Projekte finden lassen – das Projekt konkurrenzieren also nicht andere, innovativere Ideen.

Die Frage, ob mit der Förderung dieses Skigebietes letztendlich andere (Rand)regionen konkurrenziert werden, konnte nicht vollständig verneint werden, auch wenn gewisse Exponenten der Meinung waren, dass im Skifahrermarkt noch ein grosses Potenzial an neuen Märkten (aufstrebende Mittel/Oberschicht in Osteuropa, Indien, China) besteht.

Allgemein bestand Konsens, dass Andermatt seine Zukunft nicht sorgfältig genug geplant hatte. Man hatte in der Vergangenheit zu einseitig auf die Armee gesetzt, die bestehende Infrastruktur nicht genügend gepflegt und keine oder nur wenige Investitionen getätigt. Nach dem Rückzug der Armee stand das Tal plötzlich vor einer grossen Leere und auch vor enormen Herausforderungen. Als sich dann die Chance des Resorts und der Skigebietsverbindung ergab, war sehr schnell klar, dass man diese Chance packen musste. Fragezeichen bleiben bezüglich der grossen Dimensionen des Projektes, die nur schlecht in das kleine Andermatt passen wollen. Damit das Resort funktioniert, muss nun auch ein entsprechendes touristisches Angebot aufgebaut werden, also dem grossen Bettenangebot entsprechend ein grosses Skigebiet, welches – aus betriebswirtschaftlicher Sicht – nicht oder nur knapp rentabel ist. Wer wird dann dafür einstehen? Betreibt man so nicht eine «Sozialisierung der Risiken» und eine «Privatisierung der Gewinne»?

Ganz zum Schluss stand aber auch die Frage im Raum: Was würde geschehen, wenn man gar nichts tut? Auch dies würde letztendlich zu Folgekosten führen, die die öffentliche Hand zu tragen hätte.